

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 47 (2000)
Heft: 1-2

Artikel: Bericht 2000 im Kreuzfeuer
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369215>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitisches Forum Zentralschweiz

Bericht 2000 im Kreuzfeuer

«Was nützt die äussere Sicherheit, wenn die innere bedroht ist?» Das war das Leitthema 1999 des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz. An insgesamt vier Veranstaltungen wurde diese zentrale Frage ausgeleuchtet. Am 8. November erläuterte Botschafter Philippe Welti, seit 1998 Chef Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik im VBS, den Sicherheitspolitischen Bericht 2000. Welti konnte sich nicht über mangelndes Interesse beklagen und kehrte mit einem Kratzen voll bitterer Kritik nach Bern zurück.

EDUARD REINMANN

«Wir sehen uns weltweit mit vielen Konflikten und Gefahren konfrontiert, nehmen diese jedoch erst richtig wahr, wenn wir direkt davon betroffen sind», sagte Forums-Präsident Nationalrat Josef Leu. Insbesondere wies er darauf hin, dass die äussere und innere Sicherheit zunehmend vernetzter wird. Inwiefern diese Erkenntnis im von der Bundesversammlung am 7. Juni 1999 verabschiedeten Sicherheitspolitischen Bericht 2000 Eingang gefunden hat, legte Botschafter Philippe Welti dar.

Der Referent erinnerte an die grossen Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld seit Erscheinen des Berichts 90. Es seien neue Elemente hinzugekommen, die neue Unsicherheiten geschaffen hätten. Heute seien die Trends jedoch absehbar. Als charakteristische Stichworte nannte Welti Migration und Terrorismus, die aktive Teilnahme der Schweiz an friedenserhaltenden Operationen, die Beteiligung der Schweiz an Wirtschaftssanktionen und die Gewährung von Transitrechten für Einsatzkräfte im Dienst des Friedens.

In der neuen Strategie sieht Welti Chancen. Der Begriff der Gesamtverteidigung sei abgeschafft und durch eine umfassende und flexible Sicherheitskooperation ersetzt worden. Dadurch sei die sicherheitspolitische Kooperation einfacher geworden, denn es bestünden mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen. «Wir wollen der Schweizer Bevölkerung ihre Existenzgrundlage sichern, dabei aber auch unsere Landesinteressen vertreten und Herr unserer eigenen Entscheidung bleiben», nannte Welti als eines der Ziele.

Ein sehr komplexes Thema

In der Folge erläuterte er die den Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift bekannten strategischen Aufgaben: Friedensförderung und Krisenbewältigung, Prävention und Bewältigung existentieller



Der Luzerner Regierungsrat Ulrich Fässler: «Hütet Euch vor dem Zerbrechen der Führungsstrukturen.»

Gefahren, Verteidigung. Es handle sich bei diesen drei Punkten nicht um eine Prioritätenliste, sondern um die Abschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit, betonte Welti. Dies vielleicht mit Blick auf die zahlreichen hohen Offiziere im Forum.

Der Referent erinnerte aber auch daran, dass der Sicherheitspolitische Bericht 2000 nicht für sich im Raum steht, sondern durch zahlreiche sicherheitspolitische Geschäfte beeinflusst werden kann, die von den eidgenössischen Räten zu behandeln und zum Teil vor das Volk zu bringen sind. Insbesondere nannte er die Teilrevision des Militärgesetzes, die Umverteilungsinitiative (in der Wintersession der eidg. Räte abgelehnt), die bilateralen Verhandlungen, die Solidaritätsstiftung, den wieder im Raum stehenden UNO-Beitritt und das Konzept Armee XXI.

Podium mit Entscheidungsträgern

Für Nationalrat Josef Leu ist der Sicherheitspolitische Bericht 2000 eine «fundamentale Weichenstellung», bei der es um

die grundsätzliche Frage geht, ob die Schweiz eine autarke Sicherheitspolitik betreiben soll oder ob die Einbindung in eine Sicherheits-Kooperation der Weg in die Zukunft ist. Dazu und zu damit im Zusammenhang stehenden Fragen nahmen drei eingeladene Gäste Stellung.

Ständerätin Helen Leumann (LP): Sicherheitspolitik beschäftigt unsere Bevölkerung im weitesten Sinn. Dem müssen wir Rechnung tragen und die Sicherheitspolitik als Daueraufgabe betrachten. Wir müssen Stellung beziehen, zu was wir stehen. Ja zur Wahlfreiheit für die künftige Dienstpflicht. Und zur Bewaffnung der Swisscoy-Gruppe: «Selbstverständlich muss sie bewaffnet sein.»

Nationalrat Hans Widmer (SP): Es wird eine notwendige Weichenstellung vorgenommen, weil sich das Umfeld verändert hat. Innen und aussen sind nicht mehr unterscheidbar. Mehr Druck aufsetzen beim Peace-Keeping. Die Neutralität flexibler handhaben. Ja zur Wahlfreiheit für die Dienstpflicht. Ja zur Bewaffnung von Schweizer Friedenstruppen. Und ein Zugeständnis: «Die Armee wurde von den Sparanstrengungen arg gebeutelt, ich habe deshalb Vorbehalte zur Umverteilungs-Initiative.»

Nationalrat Otto Laubacher (SVP): Die Sicherheit und das Sicherheitsbedürfnis sind in stetem Wandel begriffen. Unser Neutralitätsbegriff und die Frage der Bewaffnung von Friedenstruppen müssen gründlich unter die Lupe genommen werden. Wo endet es, wenn wir einmal mit der Bewaffnung begonnen haben? Die Neutralität ist eine Gesinnungsfrage (Welti: Nein, eben nicht!). Nein zur Wahlfreiheit für die Dienstpflicht.

Kritisches Publikum

Für Welti waren die allerdings sehr manierlich vorgetragenen Stellungnahmen aus politischen Kreisen «interessante Inputs». Welti scheute sich auch nicht, mit seiner eigenen Meinung Akzente zu setzen, und er musste auch nicht «mit halbleeren Händen» nach Bern zurück reisen, denn aus den Reihen der Zuhörerinnen und Zuhörer wurde harsche Kritik am Sicherheitspolitischen Bericht laut. Der Luzerner Regierungsrat Ulrich Fässler bezeichnete die militärische Vorwarnzeit als «absurd». Die kantonale Optik zur Wahrnehmung wichtigster Sicherheitsaufgaben werde viel zu wenig berücksichtigt. Die Koordination der Kräfte des Bevölkerungsschutzes hält er zwar für richtig, warnte jedoch vor dem

Zerschlagen des Netzes der Führungsstrukturen. Die Wahlfreiheit der Dienstpflicht sei nicht diskutabel und die Armee brauche weiterhin Strukturen, mit denen die Verbindung zur Bevölkerung gewährleistet sei. Und zur Bewaffnung der Friedenstruppen: «Die Schweiz ist international unglaubwürdig, wenn die Swisscoy-Truppe zuerst einen Hofhund finden muss, der sie bewacht.»

Hart ins Gericht ging auch Hermann Suter, Vorsteher des kantonalen Amtes für Zivilschutz: «Der Sicherheitspolitische Bericht ist über weite Strecken eine Katastrophe. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass es null Vorwarnzeit gibt. Der Zwilling der Vorwarnzeit ist die Aufwuchsfähigkeit, die nicht gewährleistet ist.» Suter vermisst ganz generell solide Haltepunkte im Bericht 2000. ▣

SFZ: Aktivitäten 2000

JM. Die Mitglieder des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz haben an der 4. Generalversammlung des SFZ vom 23. November 1999 in Luzern Präsident Josef Leu, Nationalrat, mit Applaus im Amt bestätigt. Ebenfalls oppositionslos passierte der Antrag des Vorstandes, die Statuten so abzuändern, dass künftig auch natürliche und juristische Personen mit Wohnsitz *ausserhalb* der Zentralschweiz als Mitglieder aufgenommen werden können.

Für das Forum bzw. dessen Mitglieder und Freunde wird bestimmt auch das laufende Jahr ein höchst interessantes. Hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten SFZ-Anlässe.

Nähere Auskünfte erteilt das SFZ gerne (Postfach 4260, 6002 Luzern, oder Präsident Josef Leu).

Alle Anlässe stehen unter dem Jahresmotto «Sicherheit durch Kooperation»:

– Sicherheitspolitik in Europa (Hauptthemen sind Sicherheitskooperation sowie Sicherheit und Wirtschaft):

27. und 28. März in Luzern,
mit Bundesrat Adolf Ogi
und weiteren Persönlichkeiten.

– Sicherheitspolitische Auswirkungen auf die Schweiz:

6. November in Luzern.

– Schweizerische Erfahrungen mit internationalen Einsätzen:
20. November in Luzern.

Zuger Zivilschützer im Sicherheitseinsatz

Polizei entlastet – Bevölkerung konnte wieder ruhig schlafen

Vom 27. Oktober bis 23. November 1999 standen 41 Mann der Sicherheitsformationen der Zivilschutzorganisationen von Berg, Zug, Steinhausen und Hünenberg mit einem kurzen Unterbruch von sieben Tagen in Unterägeri im Sicherheitseinsatz und leisteten insgesamt 162 Dienstage. Der Grund: Drei Brände auf dem Campingplatz – vermutlich durch Brandstiftung – hatten die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt und die Polizeikräfte an den Anschlag ihrer Möglichkeiten gebracht.

EDUARD REINMANN

Am 11. und 20. Oktober sowie am 9. November 1999 hatte jeweils in der Nacht ein mutmasslicher Brandstifter drei Brände auf dem Campingplatz gelegt. In drei weiteren Fällen blieb es beim Brandstiftungsversuch, wovon einer ausserhalb des Campingplatzes festgestellt wurde. Bei den gefährlichen Bränden mit mehreren Gasflaschenexplosionen entstand grosser Sachschaden. Die Gefahr für Leib und Leben von Anwohnern, Bewohnern des Campingplatzes sowie der Einsatzkräfte war erheblich. Während derselben Zeit wurden mehrere schwere Raubüberfälle und Einbruchdiebstähle sowie eine Anzahl anderer schwerer Delikte verübt.

Da auf dem Campingplatz mit weiteren Anschlägen gerechnet werden musste und die Kantonspolizei infolge der massiven Häufung von schweren Delikten nicht in der Lage war, die Überwachung des Campingplatzes aus eigenen Kräften zu gewährleisten, wurden in Absprache mit dem Regierungsrat die Sicherheitsformationen der ZSO eingesetzt. Mit Erfolg, wie der Gesamteinsatzleiter, Oblt Kurt Blöchliger, Chef Kriminalpolizei der Kantonspolizei Zug, im Schlussbericht festhält. Aus seiner Sicht hat sich der erstmalige Sicherheitseinsatz von Zivilschutzkräften bestens bewährt. Blöchliger: «Es konnte eine stark fühlbare Entlastung der Polizeikräfte erwirkt und eine grosse Sicherheit in Unterägeri gewährleistet werden. Die praktischen Erfahrungen haben gezeigt, dass die eingesetzten Personen sehr gut geführt wurden, gut ausgebildet und sehr motiviert ihren Dienst geleistet haben. Bei

den anspruchsvollen und harten Einsätzen bei sehr tiefen Temperaturen haben sie einen wesentlichen Teil zur Sicherheit in Unterägeri beigetragen.»

Eine Fülle von Erkenntnissen

Im sehr umfangreich und detailliert gehaltenen Schlussbericht sind wichtige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen enthalten, welche für die künftige Ausbildung der Sicherheitsformationen (SiFo), deren Einsatz und die Zusammenarbeit mit den Polizeikräften von grundlegender Bedeutung sind. Es geht dabei um das Einsatzdispositiv, die Visualisierung des Einsatzdispositivs, die Handhabung des Aufgebots, die partnerschaftliche Zusammenarbeit, das eingesetzte Personal, das Material und die Ausbildung. Was in diesem Bericht von Polizeiseite erstellten Bericht positiv auffällt, ist die ganzheitliche Betrachtung der komplexen Materie, die mit eingebrachte Polizeierfahrung und die hohe Kooperationsbereitschaft der Polizei. Markus Feer, Chef SiFo der zuerst eingesetzten ZSO Berg, schreibt denn auch: «Die Zusammenarbeit mit der Einsatzleitung der Kapo Zug war sehr konstruktiv, offen und vor allem mit einer aufbauenden Wertschätzung verbunden, was sehr zur Förderung der Motivation seitens aller Schutzdienstpflichtigen beigetragen hat.»

Regierungsrat steht zur Sache

Die Zivilschutz-SiFo des Kantons Zug sind nicht etwa «ad hoc» entstanden. Vielmehr hat sich der Regierungsrat mehrfach mit dem Geschäft «Hilfspolizeimittel in den ZSO der Gemeinden» befasst und in enger Zusammenarbeit mit Kantonspolizei und Zivilschutz ein Modell erarbeitet, hinter dem er heute vollumfänglich stehen kann. Ein erster Anlauf wurde schon im Dezember 1994 genommen, als die Militärdirektion dem Regierungsrat einen Antrag zur Schaffung eines Hilfspolizeidetachementes durch Zuweisung von Schutzdienstpflichtigen an die Kantonspolizei einreichte. Die Überlegung war, dass die zivilen Polizeidienste in einem Katastrophenfall oder bei Mehrfachereignissen nach kurzer Zeit an die Grenze ihrer personellen Ressourcen stossen. Nachdem jedoch die Vernehmlass-